

stern erhebt sich das Geispen des Volkstribuns. Nun von der beutlichen Scholle ferngehalten, wird die Zeit sein, die zu vollbringendem Glück beschließen sein wird.

3. Der Kampf muß sein, doch über allem Kampfe aber steht die Einheit der Nation. Das eigentliche Unterthema zwischen Allen und Jungen besteht nur darin, daß mit Allen das Nöthige übersehen und wissen, was das Leben hebeutet und was es heißt, das Leben verpielen zu haben. Wenn die Generationen sich in den Spätjahren die Hände reichen, müssen sie mit gutem Gewissen vor sich liegen können: "Wir haben für Deutschland gelebt."

Diese schönwogel vorgetragen Rede wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen. Mit Orgelpfeielklang die eindrucksvolle Feier aus.

Bildung einer studentischen Arbeitskonferenz in Berlin

Wie der Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität mitteilt, haben die Verbände aller in den Studentenvereinen zur Bildung einer Arbeitskonferenz von Vertrauensleuten anerkannter studentischer Spitzengruppen geführt. Diese Konferenz arbeitet auf einmütigen Wunsch ihrer Mitglieder unter dem Vorsitz des Rektors, ohne den Charakter einer studentischen Selbstvertretung zu haben und soll die Frage der Schaffung einer fachlich anerkannten "Studentenschaft" klären, sowie ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Studenten untereinander, wie auch mit Rektor und Senat zu schaffen suchen.

Die Arbeitskonferenz besteht aus Vertrauensleuten folgender Spitzengruppen: Berliner Wasserbau, Deutsche Studenten, Deutsche Gruppe freiwirtschaftlicher Studenten, Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Republikanischer Studentenbund, Sozialistische Studentenvereine, Fraktion der Studentinnen.

Das Dsthilfegezet

Nach der Rückkehr des Reichstages werden nun die Verhandlungen über das Dsthilfegezet ein lebhaftes Tempo annehmen. Die Richtlinien, die dafür Mitte Dezember im Kabinett festgelegt wurden, sollen wesentliche Änderungen und Erweiterungen erfahren. Im Hinblick darauf sind die Ausführungen bemerkenswert, die im Rahmen der Konferenzen bei der Direktion des Reichs der Arbeiter Trebitzmann gemacht hat. Er wird dabei darauf hin, daß wenn erst der Haushaltsplan für 1931 gefestigt und die weitere Entwicklung zu übersehen sei, der Versuch gemacht werden soll, durch Freigabe der Industrieobligationen die Mittel zu erweitern. Auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Umwidmung soll nach den Erfahrungen von Trebitzmann noch Möglichkeit der Maßnahmen weiter gezogen werden als das noch den Richtlinien vom Dezember angenommen war. Auch auf dem Gebiete des Zinsendossens will die Regierung versuchen, die Lage zu entwirren und das Kreditwesen zu klären, wozu freilich auch eine durchgreifende Aufklärungsarbeit bei den in Frage kommenden Kreisen der Bevölkerung notwendig sein wird.

Dietrich wankt nicht!

Eine sozialdemokratische Korrespondenz hat die Behauptung verbreitet, die in parlamentarischen Kreisen die Frage erörtert werde, ob die Stellung des Reichsfinanzministers Dietrich noch länger zu halten sei. In den letzten Tagen hätten Besprechungen darüber in den Kreisen der an der Regierung beteiligten bürgerlichen Parteien stattgefunden. Von maßgebender Seite wird berichtet, daß an dieser Mitteilung kein wahres Wort lie. Die Stellung des Reichsfinanzministers ist unerschütterlich, es ist kein Gedanke an seinen Abtritt besprochen worden.

52 Straferfolgungsanträge gegen Reichstagsabgeordnete

Der Verfassungsausschuß des Reichstags ist für Mittwoch, den 28. Januar, zu seiner ersten Sitzung nach der Weihnachtspause einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als 52 Anträge, die sich mit Privatklagen und Straferfolgungsanträgen gegen Abgeordnete befassen. Von den Nationalsozialisten liegen Anträge vor, die in 16 Fällen die Einstellung verdächtigter Straferverfahren gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels verlangen. In 12 Fällen will die Einstellung von Straferverfahren gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Koch-Schwarze beantragt; in 7 Fällen will die Genehmigung zur Straferfolgung des kommunistischen Abgeordneten Scheller beantragt.

Hitlers neue Hoffnungen Sturm auf Sachsen

Berlin, 16. Januar 1931

Die Eroberung des Reiches hat sich für Hitler schwieriger gestaltet, als er noch seinem unermüdeten Willen bis 14. September des vergangenen Jahres angenommen hatte. Noch bis zur Jahresende haben die Nationalsozialisten jene gewisse Vorstufe abzuwarten lassen, die ein Zusammengehen mit dem Zentrum, wenn es gewollt hätte, hätte ermöglichen können. Die Positionen in Thüringen wurden befestigt, in Braunschweig wurden sie erobert und ausgebaut, und im Reich lockte das Innenministerium und des Reichswehrministeriums. Daraus ist nichts geworden. Der Ausbau hat nicht geklappt, und ein Kompromiß, oft vergeblich geübte Zurückhaltung hat auch nichts genutzt. Der Führer des Zentrums, der Reichstag, hat mit brutaler Deutlichkeit die Gemeinwohlpolitik der nationalsozialistischen Politik gegenüber und der Reichstagsaktion in Thüringen auf den Maßstab des Abgrundes gestellt, an den der Nationalismus das deutsche Volk selbst herangeführt hat.

Nun soll es anders werden versucht werden. Man will man dort wieder antizipieren, wo man vor der Septembervorladung des vergangenen Jahres ansetzen kann: an die "Einführung" des Reiches, Thüringen ist beiegt und auch Braunschweig. Seit Jahr und Tag wird Braunschweig, auch Sachsen zu erobern. Wenn es dann noch gelänge, durch ein mit sozialer Gerechtigkeit und Aufstand angeführtes Volksgewehr in Preußen zu erobern, dann — ja, wenn... Junckhoff will ebenfalls wieder zum Sturm gegen Ostpreußen angreifen, obwohl die Vorstufe bisher erfolglos waren.

Voll Stolz wird parteiamtlich von den Nationalsozialisten in Sachsen vermeldet, daß ein Vorstoß in die sächsische Dampfbahn beginnt. Man will das geschäftsführende Komitee, das seit einem Jahr amtiert, aus dem Stille setzen, um noch hitzigenhitzigen Nationalsozialisten eine Regierung mit Nationalsozialisten als Innen- und Außenminister zu bilden. Der Kampf, so heißt es, werde nunmehr ins Parlament verlegt.

Somit war man schon einmal. Aber damals fehlte jeder Angriff an der Unklarheit, für die Wahl des Ministerpräsidenten einer Reichsregierung die notwendige Mehrheit aufzubringen. 46 Stimmen, von den Nationalsozialisten bis zur Volkspartei brachte man zusammen. Um die fehlenden drei Stimmen rang man vergeblich. Die Mittelgruppe der Demokraten und der beiden Braunwäulischen Nationalsozialisten war nicht zu gewinnen. Wie sieht es heute? Hat Hitler ein Recht auf neue Hoffnung?

Die Verbindung zwischen Braunwäulischen Nationalsozialisten und den Demokraten ist seit der Trennung der beiden innerhalb der Staatspartei wieder gelöst. In sächsischen parlamentarischen Kreisen, die die Einföhr-

zum Hitlerregime wünschen, scheint man auf die Nationalsozialisten Braunwäul zu spekulieren. Man beruft sich dabei auf Ausweitung Braunwäuls selbst, die allerdings schon einige Zeit zurückliegen, wonach es durchaus nicht sicher sei, daß die Nationalsozialisten so unbedingt die Unterstützung einer Reichsregierung weiterhin ablehnen würden. Wenn dem so wäre, daß Zweifel an der künftigen politischen Einstellung der Nationalsozialisten gegenüber einem Zusammengehen mit Hitlerleuten berechtigt wären, so hätte man den Schlüssel zu den neuen Vorstößen, zu dem nationalsozialistischen Sturm auf Sachsen. Man muß abwarten.

Die Mehrheit würde eine solche Reichsregierung freilich auch noch nicht haben. Sie wäre zumindst auf Stimmhaltung der Staatspartei in Sachsen angewiesen. Das heißt nicht in Frage kommt, daß es für die Staatspartei irgendein Partieren mit Hitler nicht geben kann, bedarf keiner besonderen Herbeiföhrung. Immerhin kann man gespannt sein, wie jene sich einstellen werden, an deren Einföhrung und Verwirklichung bisher die höchsten Ambitionen Hitlers geknüpft sind. Und insofern verdienen die Ereignisse, die sich jetzt hinter den Kulissen der sächsischen Bühne abspielen, allgemeine politische Beachtung.

Es läßt ja noch immer das großbürgerliche, angeführte preußische Volksgewehr der Hitlerleuten. Vielmehr, es läßt noch nicht, denn bisher hat man es immer nur wieder antizipieren können, bisher hat man auch schon von einigen Störungen, die sich mit diesem Thema begeben, gehört, aber der Wert zu dieser Zeit ist noch nicht recht fürklar oder gar sichtbar. Kommt sie, dann werden die republikanischen Kreise Preußens darauf verwohnt sein. Es mag gelingen, wie in Weimar und in Braunschweig, so auch in Dresden vollständig mit einigen Wählern die Hitlerleuten auf die Ministerliste zu manövrieren, in Preußen würde ein solches Spiel wie die Staatsmacht an Widerstand noch mit der Demagogie enden, auf die politische Katastrophierung folgt.

Wirtschaftspartei und Deutsche Nationalsozialisten werden zunächst jetzt in Sachsen ihre Traditionsinsten Hitler zur Verfügung stellen, man kann ruhig abwarten, was das zunächst ausgeben wird. Daraus kann jedoch kaum geteilt werden, daß die gegenwärtig geschäftsführende sächsische Regierung unter den schwierigsten Umständen, unter denen sie amtiert, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und der Ordnung in Sachsen einiges geleistet hat. Damit ist freilich der Demagogie der Deutschen Nationalsozialisten und Wirtschaftspartei nicht abgetan. Aber es ist ganz wertvoll, daß das Bürgertum sieht, wer die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eintritt und wer sie Experimentieren offen will, deren Ausgang eine bittere Lehre sein muß.

Schulgelddherabsetzung in Preußen

Nach dem Schulgezet vom 18. Juli 1930 darf das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen Preußens nicht den dritten Teil der Kosten übersteigen, die ein Schüler einer öffentlichen höheren Schule, jenseits der Schulpflicht, verursacht. Vorlage der allgemeinen Ausgabenentwürfe im preußischen Haushaltsplan für 1931 hat sich der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung daher bemerkt gelassen, den Durchschnittsschüler, der bisher 700 M. bezug, für 1931 auf 420 M. herabzusetzen. Danach darf von März 1931 ab an öffentlichen höheren Schulen der Preußen nur noch ein Schulgeld von höchstens 240 M. jährlich erhoben werden.

Das Hakenkreuz in der Staatsbibliothek

Im preußischen Landtag hat der Abgeordnete (Sos.) eine kleine Anfrage eingebracht, in der er ausführt, in der Staatsbibliothek hätten sich in letzter Zeit wiederholt sehr unzeitliche Vorgänge abgesehen. Mit Hakenkreuzen, geschändeten Büchern haben Besucher der Bibliothek belästigt und an der Ausführung erweiterter Arbeit gehindert. Weithinige Vorgänge werden aus einem Buchen gemeldet. Der Abgeordnete meint, daß gegen diese Mißbräuche entsprechende Vorkehrungen werden müßte und fragt die Regierung, ob sie sich für die Vermeidung von Hakenkreuzen in den Schulen und anderen Bildungsinstituten auch auf die Staatsbibliothek und ähnliche Einrichtungen ausdehnen.

Eine polnische Stimme der Verurteilung

In Lodz hatten nationaldemokratische polnische Kreise bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt, eine Deputation zu schicken für ein U-Boot, das den (imigen Namen "Antwort an Trebitzmann" erhalten soll. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Der stellvertretende Bürgermeister bezeichnete eine solche Hegeführung für die Aufrechterhaltung eines Unterlebens als Opportunismus und charakterisierte die ganze Bewegung als eine Geze antirevolutionärer, die von der Stadtverwaltung nicht mitgemittelt werde.

Polnische Handlofen

Der polnische Senator Stanislaw Brandowicz bezieht sich in "Biernik i Gdostek" Glosen zu politischen Ereignissen der letzten Wochen. Aus ihnen seien folgende wiedergegeben:

Die Pahl der Orben ist bei uns in Polen recht groß. Die Pahl beruht aber, die Orben annehmen, mit immer kleiner.

Der Oberst Josef Wiernadzi, der Kommandant von Breslau-Pion, soll die Pahl haben, als Wäher einem Jollen der Weidhändler beigetragen.

Auf die Dreher Spittel befindet sich Polen bestimmt keine ausländische Krieger.

Die Pahl der Pahl und einmal eine Straßengruppe organisieren, kann kommen nur wie in Frage.

Siezen wie den Deutschen banhar, daß sie aus Preußen einen Pilm, kein Pahlspiel machen.

Die polnisch-französische Milliardenanleihe

Wie die im allgemeinen gut unterrichtete Zeitung "L'Echo" in Paris berichtet, haben die vermutlich abschließenden Besprechungen zwischen der polnischen Regierung und der Firma Schneider-Creusot über die Verpachtung der Bahn Oberösterreich — Ölingen an die französische Firma und über die Gewährung einer Anleihe von einer Milliarde Franken am 18. Januar in Warschau begonnen. Die Verhandlungen sollen Anfang 1932 beendet sein. Die Rückzahlung wird 35 Jahre betragen. Die Zinsen auf der Seite sollen nicht höher als 5 Prozent betragen. Die polnische Regierung wird sich verpflichten, für 150 Millionen Glos Guthabens für die neue Linie anzulösen. Die Durchführung der ledigen Arbeiten wird in der Hand der Franzosen liegen unter Aufsicht polnischer Bauleute.

Die spanische Regierung verhandelt mit der Opposition

Wie Sabas aus Madrid berichtet, bietet die Regierung den Oppositionsparteien die Aufhebung der Belagerungszustand, der Diktator Franco die Verhinderung der verfassungsmäßigen Garantien an, bevor sie die Vergebung über die Finanzierung der Gottes befristet werden will. Die Gegenleistung verlangt sie das Verzeihen, daß die Oppositionsparteien an den Wahlen teilnehmen. Die betroffenen Parteien haben durchbeden lassen, daß sie zu einem Einigkommen bereit sind.

Der spanische Finanzminister hat am Sonntag die konstitutionellen Führer Alvarez und Villaverde gefragt, welche Haltung sie in der Wahlperiode einzunehmen gedenken. Sie erklärten, wenn der Belagerungszustand aufrechterhalten werde, würden sie sich an den Wahlen nicht beteiligen.

Programmatisches Kundschreiben des Deutschlandbundes

Berlin, 17. Januar 1931

Der Deutschlandbund verhandelt heute ein Kundschreiben, in dem er seine Ziele und Aufgaben darlegt. In dem Kundschreiben heißt es unter anderem:

Der Deutschlandbund ist keine Partei und kein Verein, er ist eine Gmeinungsgemeinschaft. Seine Idee ist der Erkenntnis entsprungen, daß es innerlich und äußerlich der politischen Parteien gemeinsame Grundziele und Ziele gibt, die von keiner Partei allein bearbeitet werden können und gerade deshalb einen Mittelpunk brauchen, damit sie im Kampf der Tagespolitik vor Verschlingung und Entwertung behauptet bleiben. Dieser Mittelpunkt will der Deutschlandbund sein. Seine Ziele sind:

1. Unabhängige politische Sitten, ein harter, gerechter und laudender Staat, ein freies, zurechtfindendes und kulturell hochstehendes Deutschland.

2. Der Deutschlandbund will keine eigene Politik treiben, sondern mitteilen, daß die sittlichen Voraussetzungen einer guten deutschen Politik geschaffen werden. Zu diesem Zweck stellt er sich folgende Aufgaben:

- 1. Kampf gegen Lüge und Verleumdung, gegen Egoismus und Korruption im öffentlichen Leben;
- 2. Kampf gegen Gewalt und Terror im Streit der politischen Parteien;
- 3. Kampf gegen die Verdröhtung der Strafs, gegen unzulässige Auseinandersetzungen und gegen politische Verschlingung;

4. Kampf gegen politische Gleichgültigkeit und Entmutigung, aber auch gegen politische Opportunismus.

5. Kampf gegen die Ausnutzung wirtschaftlicher und sozialer Notstände des Volkes zu politischen Abscheuern.

Die Grundlagen des Deutschlandbundes in diesem Kampfe sind: die Liebe zu Deutschland, die Achtung vor der Reichsverfassung, der Glaube an unser Volk und seine Zukunft. Der Deutschlandbund will eine Front der ansichigen Menschen gegen Verwilderung und Verdröhtung des politischen Kampfes, gegen oberflächlichen und großsprecherischen Radikalismus bilden. Er will den Charakter in der Politik, deutschen Geist und innere Bildung fördern und pflegen. Als Mittelpunkt und Arbeitsstelle ist eine "Härs Zentralbüro" errichtet worden. Es hat seinen Sitz in Berlin.

Die Arbeitskämpfe in England

Im Sonntag mittag begann die allgemeine Auslieferung in der Baumwollindustrie von Lancashire, von der 200 000 Arbeiter betroffen werden.

Bellegung des Lohnstreiks im Schwäbischer

Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes des Schwäbischer beschlossen mit 109 gegen 73 Stimmen, die Bedingungen der Grubenarbeiter, die den Gegenstand des vorläufigen Londoner Abkommens vom 16. 12. Ws, bilden, anzunehmen, und ordneten die Wiedereingliederung der Arbeit für den 19. Januar an.